

## Sozialabbau, Armut, Hunger in der Welt - aber ein Superjahr für die Kriegsindustrie

Für die Kriegsindustrie war 2007 wieder ein goldenes Jahr: Der Anstieg der Militärausgaben hat mit offiziell 851 Milliarden Euro (1,34 Billionen Dollar) einen historischen Höchststand erreicht.

Damit hat das Waffengeschäft in den letzten zehn Jahren um fast die Hälfte zugenommen. Das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) gab diese Zahlen bekannt. Die realen Militärausgaben sind nach Ansicht zahlreicher Experten jedoch noch wesentlich höher. Im Vergleich zum Vorjahr erzielte die krisenfeste Branche einen Zuwachs um sechs Prozent.

An der Spitze bleiben die USA, die mit rund 350 Milliarden Euro (547 Milliarden Dollar) für 45 Prozent des Weltumsatzes sorgen. Auf den Plätzen folgen Großbritannien, China und Frankreich mit 38 bis 35 Milliarden Euro. Die BRD erreicht mit 23,7 Milliarden Euro den sechsten Platz.

Die vorgelegten Zahlen berücksichtigen lediglich die Summen, die in den Rüstungshaushalten erfaßt sind. In anderen Haushaltsposten versteckte Kosten sowie Ausgaben der Privatwirtschaft werden nicht berücksichtigt. Rechnet man diese mit ein, kommt die BRD auf gut 30 Milliarden. Über 23,7 Milliarden Euro hat also die Bundesregierung im vergangenen Jahr für die „Verteidigung unserer Freiheit am Hindukusch“ und anderen Orten ausgegeben.

„Sicherheit hat ihren Preis,“ tönt es aus dem Lager der Kriegsgewinnler.

Sie meinen aber lediglich die vermeintliche militärische Sicherheit.

Wir fragen: Welchen Preis hat die soziale Sicherheit der Menschen? Der Armutsbericht für die BRD spricht eine deutliche Sprache. Der Preis für die scheinbare militärische Sicherheit ist ein Hartz-IV-Regelsatz, der keine gesunde Ernährung ermöglicht. Was für Truppentransporter ausgegeben wird, kann nicht in die Schulen und Universitäten investiert werden. Was in die Kassen der Rüstungskonzerne wie Krauss-Maffei fließt, fehlt in den Rentenkassen.

Sozialabbau, Kinderarmut, Hunger in der Welt, Klimakatastrophen. Wie sollen diese Probleme gelöst werden? Was ist das für ein System, wo sich private Aktionäre maßlos bereichern können an der Produktion von Waffen? Dieses kapitalistische System sorgt für steigende Kriegsgefahr.

Der Anteil, den Deutschland für den Krieg in Afghanistan zu zahlen hat, steigt ständig. Schon jetzt ist dieser Krieg der teuerste Außeneinsatz Deutschlands seit dem Zweiten Weltkrieg.

Hat es sich gelohnt, wenn die Sicherheitslage dort ständig schlechter anstatt besser wird? Hat es sich gelohnt, wenn die Region von Pakistan bis Iran instabiler wird? Hat es sich gelohnt, wenn im Gegenteil die Drogenimporte aus Afghanistan deutlich steigen und die Drogenclans ihre Anbaugelände 2007 laut Vereinten Nationen so stark ausgeweitet haben wie nie zuvor. Wenn nun Verteidigungsmi-

nister Jung feststellt, die Einsätze prägten mittlerweile das Bild der Bundeswehr nach innen und nach außen, ist das sicher richtig. Ein Grund zum Feiern ist es nicht. Wir sollten daran denken, wenn er demnächst in unserem Kreis Groß-Gerau als CDU-Kandidat auftritt.



*Alles kann man ja versteh'n, aber ausgerechnet den?*

### Franz Josef wirft seinen Schatten voraus

Der Bundestagswahlkampf 2009 wirft seine Schatten voraus. Nachdem der bisherige CDU-Wahlkreiskandidat nicht wieder in den Bundestag will, soll mit F.J. Jung ein Hauptverantwortlicher der nicht verfassungsgemäßen Bundeswehreinsetze im Ausland ins Rennen geschickt werden.

Nur zur Erinnerung: Der Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr hat von 2002-2007 1,9 Milliarden Euro gekostet.

## Wer hat sich veraten? Sozialdemokraten.

Eigentlich war es eine kleine Sache. In der Stadtverordnetenversammlung wollten die Grünen eine Solidaritätserklärung für die jungen Leute, die im Wald gegen drohende Abholzung am Flughafen eine Dauermahnwache abhalten.

In unserer Stadt hätte man das früher sofort durchgewinkt. Da war man sich doch einig. Nun aber gab es einen sozialdemokratischen Eiertanz. Die FR titelte „Die SPD ist weder dafür noch dagegen“ und fragte „Was ist los mit den Sozialdemokraten?“.

So wie bei diesem kleinen Beispiel ist es auch in der „großen“ Politik. Die SPD befindet sich in einer schweren Krise. Deutschlands älteste Partei ist so weit in den Keller gerutscht, dass sie schon froh sein kann, wenn sie sich bis zur Bundestagswahl 2009 wenigstens wieder bis zum Erdgeschoss hochgearbeitet hat. Seit Monaten hagelt es in Umfragen Negativrekorde für die Partei und ihren Vorsitzenden; Besserung ist nicht in Sicht. Inzwischen ist es fast schon egal, was die SPD tut – jede Bewegung wirkt sich zu ihrem Nachteil aus.

Diese katastrophale Lage ist die Quittung für fast zehn Jahre neoliberaler

Politik in Berlin – erst mit den Grünen, jetzt mit der CDU/CSU. Die Quittung für das Abschneiden sozialdemokratischer Wurzeln, für die systematische Vertreibung von Mitgliedern, für eine tief sitzende Verärgerung weiter Teile der Anhängerschaft. Eine Partei, die Hartz IV und Agenda 2010 erfunden und gefeiert hat, die an der Demontage des Sozialsystems aktiv beteiligt war – eine solche Partei muss sich nicht wundern, wenn ihr selbst Versuche sozialer Rückbesinnung als taktische Finten ausgelegt werden.

Früher gab es den Spruch: „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“ Man kann ihn heute ändern: „Wer hat sich verraten? Sozialdemokraten.“

Dabei gibt es für viele Linke keinen Anlaß, sich über den Niedergang der alten SPD zu freuen.

Die SPD vor Ort kann da noch so strampeln und am Tizianplatz Bratwurst anbieten. So lange sich „oben“ nichts ändert, wird sich das Wählerklientel weiter zerfasern. Verzweifeln brauchen die ehemaligen SPD-Wähler indes nicht, immerhin, kann man „Die Linke“ wählen.

## POST

### Apolda gehen die Mütter aus

Es gab einmal gute Beziehungen zwischen dem Kreis Apolda in Thüringen und dem Kreis Groß-Gerau. Dann kam die Gebietsreform im „Freistaat“ Thüringen, die Kreise Apolda und Weimar wurden zusammengelegt. Nun hatte man drei Partnerkreise: Groß-Gerau, Waldeck und Freising. Die Verbindungen sind allerdings inzwischen alle praktisch eingegangen. Vermutlich weiß auch im hiesigen Landratsamt kein Mensch mehr was von der Partnerschaft mit Apolda und wie es den Menschen dort heute geht.

Ein Leser unserer Zeitung schreibt u.a.: „In Apolda hat die Fraktion „Die Linke“ sieben Mitglieder und ist die zweitgrößte nach der CDU. Die traditionelle Strickwirtschaft mit den etwa 5000 Arbeitsplätzen (überwiegend Frauen) ist so gut wie tot, übrig sind nurein paar kleine Familienbetriebe mit insgesamt vielleicht 200 Leuten. Die Chemiefabrik ist von einer Berliner Firma übernommen worden und beschäftigt noch 100 Leute. Dazu haben wir eine Firma aus Liechtenstein bekommen, die Pizza bäckt und diverse andere kleine Betriebe der Lebensmittelbranche. Die Anzahl der so geretteten bzw. neuerschaffenen Arbeitsplätze reicht allerdings nicht. Dafür haben wir aber einen Haufen Supermärkte bekommen. Die Löhne sind miserabel. Die jungen Leute, die es können, verlassen das Land. Laut Prognose wird die Kernstadt Apolda bis zum Jahre 2020 weiter schrumpfen.“ Eine Lokalzeitung schrieb: „Apolda gehen die Mütter aus. Apolda gilt als Beispiel der demographischen Katastrophe in den neuen Bundesländern. Zu Jahresbeginn lebten noch 19.915 Personen hier... In der DDR lag die Bevölkerungszahl bei um die 28.000. Die Arbeitslosigkeit und die damit zusammenhängende Abwanderung besonders junger Menschen sind Hauptgrund der Schrumpfung. Zudem werden nicht genug Kinder geboren, um den Bevölkerungsverlust auszugleichen. Mit der Wende begann der extreme Rückgang, so dass in Apolda mittlerweile weniger Leute wohnen als vor rund 100 Jahren.“

## Studiengebühren und Koch müssen weg

Das Urteil des Staatsgerichtshofes zur Einführung von Studiengebühren war aufgrund der Zusammensetzung des Gerichtes und der erkennbaren Strategie von Roland Koch leicht vorhersehbar: Roland Koch wollte die Abschaffung der Studiengebühren mit allen Mitteln verhindern. Eine politisch gefällige Mehrheit des Staatsgerichtshofes war im Kochschen Schmierentheater der letzte Akteur einer selbstgerechten Inszenierung, bevor die Studiengebühren beim zweiten Anlauf gekippt wurden. Sie waren bildungs- und sozialpolitisch falsch und es ist gut, wenn sie jetzt weg sind. Die Einreichung von über 80.000 Unterschriften gegen Studiengebühren war dazu ein wichtiger Schritt.

## 40 Jahre DKP in unserer Stadt.

### Ortsausschuß Mörfelden der Deutschen Kommunistischen Partei gegründet

Am 29. September 1968 wurde in Mörfelden von 21 Versammelten ein Ausschuß für die Neukonstituierung der „Deutschen Kommunistischen Partei“ gebildet. Damit erhalten erstmals nach 12 Jahren Mörfelder Bürger mit kommunistischer Weltanschauung ein legales politisches Betätigungsfeld.

Der Ortsausschuß Mörfelden der DKP ruft alle Sozialisten und Marxisten auf, sich in dieser Partei zusammenzuschließen. Wir werden es in diesem Staat nicht leicht haben. Aber es ist gerade jetzt notwendig, gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Sozialdemokraten, mit Liberalen und Christen der immer stärker werdenden Rechtsentwicklung entgegenzuwirken. Die NPD darf nicht durchkommen. Es darf kein zweites 1933 geben!

Ausschuß für die Neukonstituierung einer Deutschen Kommunistischen Partei Mörfelden, i. A. Rudi Hechler.

Auskünfte erteilt: Rudi Hechler, 6082 Mörfelden, Hochstraße 22  
„Freitags-Anzeiger“  
7.10.1968

Wir feiern  
im September.

## 22 Prozent weniger wert?

In Deutschland haben es Frauen im Berufsleben schwerer als in den meisten anderen Ländern: Sie arbeiten häufig in Mini- oder Teilzeitjobs, kommen selten in Führungspositionen und verdienen viel weniger als Männer. Obwohl sie bei der Ausbildung längst gleichgezogen haben.

Der Lohnabstand zwischen Männern und Frauen ist EU-weit nur in Zypern, Estland und der Slowakei größer als hierzulande.

Sogar bei gleicher Tätigkeit werden Frauen oft schlechter bezahlt. Die wichtigste Voraussetzung für eine gerechte Teilhabe von Frauen sind der Ausbau von Kindertagesbetreu-



ung und familienfreundliche Arbeitszeiten – für Männer und Frauen. Deshalb brauchen wir zusätzliche Investitionen für mehr und bessere Ki-

tas und Schulen. Und wir müssen gemeinsam für gute Bezahlung kämpfen – zum Beispiel mit den Verkäuferinnen im Einzelhandel.

	Rang														
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.
Entwicklung von Löhnen und Gehältern	FIN	SWE	GRC	IRL	GBR	FRA	BEL	DNK	SPA	LUX	ITA	NLD	POR	ÖST	■
Lohndiskriminierung der Frauen	BEL	POR	IRL	ITA	GRC	FRA	SPA	LUX	SWE	DNK	NLD	ÖST	FIN	GBR	■
Entwicklung der Nachfrage privater Haushalte	IRL	FIN	SPA	DNK	GBR	LUX	SWE	FRA	BEL	POR	ÖST	ITA	NLD	■	■
Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes	LUX	GRC	IRL	FIN	SWE	SPA	DNK	FRA	GBR	BEL	POR	ÖST	NLD	ITA	■
Produktionsindex im Baugewerbe	FIN	ÖST	ITA	SPA	IRL	GBR	SWE	FRA	DNK	LUX	NLD	GRC	■	POR	■
Export	■	LUX	ÖST	IRL	SWE	FIN	NLD	DNK	POR	SPA	GBR	BEL	FRA	GRC	ITA
Entwicklung der Unternehmensgewinne	LUX	ÖST	■	GBR	BEL	SWE	NLD	GRC	FIN	SPA	FRA	ITA	POR	IRL	DNK
Langzeitarbeitslosigkeit	DNK	SWE	NLD	ÖST	GBR	IRL	LUX	FIN	SPA	FRA	ITA	BEL	POR	GRC	■
Bildungsausgaben für Grundschüler	SWE	DNK	SPA	LUX	POR	FRA	NLD	FIN	IRL	ÖST	ITA	■	GRC	■	■
Schulversagen <sup>1)</sup>	FIN	GBR	SPA	SWE	POR	ÖST	ITA	LUX	IRL	NLD	DNK	FRA	■	■	■
Hochschulabschluss <sup>2)</sup>	SWE	IRL	DNK	NLD	POR	FRA	GBR	ITA	SPA	LUX	GRC	ÖST	BEL	■	■
Hochschulabschlussquote	FIN	DNK	NLD	ITA	GBR	IRL	SWE	SPA	POR	GRC	ÖST	■	■	■	■
Rentenniveau <sup>3)</sup>	GRC	NLD	LUX	ÖST	DNK	SPA	ITA	POR	FIN	SWE	FRA	BEL	■	GBR	IRL
Kinder pro Frau	FRA	IRL	SWE	FIN	GBR	DNK	BEL	NLD	LUX	ÖST	GRC	SPA	POR	■	ITA
Bevölkerungsanteil der unter 30-Jährigen	IRL	FRA	GBR	LUX	NLD	DNK	FIN	SWE	BEL	POR	SPA	ÖST	GRC	■	ITA
Kindergartenplätze	DNK	SWE	FRA	LUX	BEL	NLD	FIN	GBR	POR	SPA	IRL	■	GRC	ÖST	ITA
Wirtschaftswachstum	IRL	GRC	LUX	SPA	FIN	SWE	GBR	ÖST	BEL	NLD	DNK	FRA	■	POR	ITA

1) Haltedauer, unter sechs Jahre 2) Wirtschaftlichkeit unter sechs Jahre 3) engl. mit höherem Arbeitslohnem 2) engl. mit höherem Hochschulniveau  
gen. aktueller Stand, Zeitraum 2000 bis 2007; keine Klänge mehr als 11 Daten vorhanden

## Exportweltmeister - was noch?

Dass wir in Deutschland bei allem „ganz vorne“ liegen, dass wir das den Bundesregierungen unter SPD, CDU, CSU, oder auch FDP und Grünen zu verdanken haben, bekommen wir oft erzählt. Aber dann die Meldung am 6. Juni: „Frauen werden in Deutschland erheblich schlechter bezahlt als Männer.“

Da gab es vor kurzem eine entlarvende EU-Statistik in der „Frankfurter Rundschau“. Hier sieht man nicht nur die „Lohndiskriminierung der Frauen“ sondern auch andere amtliche Zahlen vom Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) und der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD). Diese Zahlen klagen an. Sie klagen die falsche Wirtschafts- und Sozialpolitik Deutschlands an. Ja es stimmt, Export und Unternehmensgewinne sind Spitze. In allen anderen Punkten ist Deutschland eher Schlußlicht.



## Mehrheit will die Wirtschaft fördern

In einem Dringlichkeitsantrag hatte die DKP/LL-Fraktion beantragt, auf eine erneute Besetzung der Stelle für Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing zu verzichten und die bereits erfolgte Ausschreibung zu widerrufen.

Zur Begründung hieß es: Dieser Tage war der Presse zu entnehmen, dass der Stadtmarketingbeauftragte gekündigt hat. Zugleich wurde vom Magistrat eine Anzeige zur schnellstmöglichen Besetzung der Stelle geschaltet. Diese Missachtung des Parlaments, das davon bisher keine Kenntnis hat, wäre schon Grund genug, die Sache an sich zu ziehen und dem Magistrat einen Handlungsauftrag zu geben.

Mit der Kündigung des derzeitigen Stadtmarketingbeauftragten geht die vierte Besetzung dieser Stelle. Kontinuität sieht anders aus. Die Stelle war 2003 zunächst auf sechs Jahre befristet. Bei den folgenden Besetzungen wurde die Befristung auf fünf Jahre verkürzt. Diese Zeit ist um eine gründliche Bewertung, öffentliche und parlamentarische Debatte, ob und wie es mit der „Wirtschaftsförderung“ weitergehen soll, ehe eine Stelle für weitere fünf Jahre besetzt wird, halten wir für das Mindeste. Unsere Fraktion hat in der Vergangenheit vor jeder Neubesetzung zu einer „Denkpause“ geraten. Eine „Kosten/Nutzen-Analyse“, die Befürworter des „Wirtschaftskurses“ in unserer Stadt bei Sozialleistungen immer wieder fordern, steht aus gutem Grund bisher aus. Hier wäre der richtige Anlass dafür. Aus den Erfahrungen der letzten Jahre sagen wir diesmal: Unsere Stadt sollte endgültig auf die Besetzung einer Stelle für Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing verzichten. Eine Wirtschaft zu fördern, die sich regelmäßig die Einmischung der Politik verbittet, immer weiter von der Sozialpflichtigkeit des Eigentums abrickt und deutlich macht, dass die

Demokratie am Werkstor endet, liegt nicht im Interesse des überwiegenden Teils unserer Bürgerinnen und Bürger, die das auch noch bezahlen sollen. Statt die Konkurrenz der Kommunen zu fördern - fast jede Stadt macht inzwischen bei dem Wettbewerb mit, Betriebe abzuwerben oder mit „Billigangeboten“ zu halten - ist es an der Zeit, umzusteuern. Der Verzicht auf die Neubesetzung der Stelle für Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing wäre ein Signal.

DKP/LL-Fraktionsvorsitzender Gerd Schulmeyer regte in der Aussprache an, für die 170.000 Euro Personal- und Sachkosten für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing lieber fünf Beschäftigte mehr beim Bauhof einzustellen.

Eine ganz große Koalition von SPD, Grünen, CDU und FDP lehnte den Antrag ab und will lieber weiter die Wirtschaft fördern. GS

## Ignorant

Unter dem Beifall der CDU warf der SPD-Fraktionsvorsitzende der DKP/LL Ignoranz vor, weil sie die Stelle des „Wirtschaftsförderers“ nicht wieder besetzen will. Herr Schmidt hält es offenbar für eine Dummheit, am Sinn von Ausgaben zu zweifeln, die (ohne erkennbaren Nutzen) in die Hunderttausende gehen und auch den Zweck haben, CDU und FDP ruhig zu stellen. Die würden trotzdem gerne noch mehr öffentliches Geld in die Privatwirtschaft leiten. Das halten wir für eine Dummheit, auch wenn sie im Brustton der Überzeugung vorgetragen wird. Es ist Wasser auf die Mühlen der erklärten Wirtschaftsparteien auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger. Herr Schmidt wäre gut beraten, auch als Vertreter der „Rathausmehrheit“ seine Aufgabe als Stadtverordneter mal unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, „die gesamte Tätigkeit der Verwaltung zu überwachen“. Das fängt ganz klein an, z.B. bei der Einhal-

tung von Formen und Fristen bei Einladung von Ausschusssitzungen. Der Bauausschuss musste letztens eine Beschlussfassung wiederholen, weil der Vorsitzende Schmidt meinte, dies ignorieren zu können. Für die Abfassung von Protokollen gilt gleiches. Nicht alles, was von oben kommt, ist richtig. Bevor der SPD-Fraktionsvorsitzende meint, der DKP/LL Ignoranz vorwerfen zu müssen, wo es um vorhandene politische Differenzen geht, sollte er erst mal an seiner Kenntnis der Arbeitsgrundlagen des Stadtparlaments arbeiten. Da hat er gut zu tun. Eine Überprüfung der eigenen politischen Orientierung wäre ein weiterer Schritt. GS

## Hofberichterstattung erwünscht

*In seinem Plädoyer für die Wirtschaftsförderung hat der SPD-Fraktionsvorsitzende kritisch vermerkt, dass in der Lokalpresse über die ablehnende Haltung der DKP/LL berichtet wurde. Herrn Schmidt wäre es wohl am liebsten, die Opposition würde in der Presse überhaupt nicht erwähnt. Aber so weit reicht sein Einfluss wahrscheinlich doch noch nicht. Aber da gibt es auch noch den „blickpunkt“, der ihm ein Dorn im Auge ist. Wie Herr Schmidt richtig sagte, hat der „blickpunkt“ beim Bürgermeister darum gebeten, zu den Presstereinen des Magistrats eingeladen zu werden. Auf unsere dahin gehenden Schreiben an den Magistrat haben wir bisher keine Antwort bekommen. Über die Gründe, warum eine Antwort auf eine einfache Frage über zwei Monate dauert, wollen wir hier nicht spekulieren. Wir wollen in den Presseverteiler des Magistrats aufgenommen werden, weil die Presse zunehmend früher, häufiger und weitergehend aus dem Rathaus informiert wird, als die Stadtverordnetenfraktionen. Zumindest die, die nicht in der Rathauskoalition sind. Die anderen scheint das nicht zu stören (siehe „Wirtschaftsförderung“)- uns schon.*

## Privatisierung auf Filzlatschen

„Public Private Partnership“ - kurz PPP - heißt die vermeintliche Zauberformel für die permanent klammen Kommunen, aber auch für die Länder und den Bund. Auch die Kreisregierung Groß-Gerau setzt gern auf PPP. Nachdenklichkeit bei Sozialdemokraten ist kaum sichtbar.

„Partnerschaft“ suggeriert Einvernehmlichkeit, Offenheit, Verhandeln und Handeln auf Augenhöhe. Der Vorteil ist laut der Lobby der PPP-Berater, dass der Investor um bis zu 25 Prozent kostengünstiger arbeitet als die öffentliche Hand.

Der öffentlichen Hand sollen PPP-Projekte helfen. Etwa wenn eine Kommune dringend ihre Schulen instandsetzen muss und dafür kein Geld hat. Gleichzeitig gieren Bauunternehmen nach Rezessionsjahren der Branche nach Aufträgen und bieten die Vorfinanzierung an. Die Schulen werden, um Privatisierungskritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen, einer neu zu gründenden, rechtlich weitgehend selbstständigen Anstalt öffentlichen Rechts, einer Stiftung oder einer gemeinnützigen GmbH übertragen. Die wiederum schließt mit einem Baukonzern einen Vertrag über Neubau oder Modernisierung der Gebäude ab und einen weiteren über deren Betrieb für 20 oder 30 Jahre. Die Stadt muss nun für diese Zeit nur noch einen Mietzins zahlen.

PPP wird mit dem Argument angepriesen, nun könne der hochverschuldete Staat wieder investieren, denn hier werde privates Kapital „mobilisiert“. Das Gegenteil ist der Fall: In Wirklichkeit stellt PPP eine neue Form der Kapitalschöpfung für die Privaten dar. Das Kapital wird nicht für den Staat, sondern für die „global player“ mobilisiert.

Die Privatisierung, die auf Filzlatschen daherkommt, wird freilich geschickt verpackt. Die komplizierte juristische Ausgestaltung und strikte Geheimhaltung wesentlicher Vertragsbestimmungen, die ganze Stäbe von gut bezahlten Beratern erfordert, liegt in der komplexen Natur dieser

## Der Irrsinn des Stadtmarketing

*Wie wir alle wissen, leiden die Millionäre und noch mehr die Milliardäre – meist Unternehmer – bittere Not. Nennen wir sie aus Platzgründen: Wirtschaft. Der Wirtschaft geht es so schlecht, daß sie von unserem kleinen Städtchen gefördert werden muß. Wirtschaftsförderung steht, bei allen Fraktionen in unserem Städtchen, ganz oben an – nur nicht bei uns kommunistischen Spaßverderbern. Seit ein paar Jahren bezahlen wir Bewohnern von Mörfelden und Walldorf häufig wechselnde Personen aus der Generation der Betriebswirtschaftsstudenten, damit die in unserem Auftrag die Wirtschaft fördern. Diese Personen werden „Stadtmarketingbeauftragte“ genannt. Sie wechseln stets aus „persönlichen Gründen“, weil sie – meist gar nicht so doof – sehr schnell erkennen, daß von ihnen die Quadratur des Kreises verlangt wird. Sie sollen retten, was nicht zu retten ist: die kleinen Geschäfte in der Innenstadt. Sie wissen aus ihrem Studium, daß im Kapitalismus kleine Einheiten keine Überlebenschance haben. Warum gibt’s keinen Tante-Emma-Laden mehr? Weil Aldi und Penny normaler Schlemmer sind und wie sie alle heißen, die kleinen Ladenbesitzer längst ruiniert haben. Was für Lebensmittel gilt, gilt auch für alle anderen Bereiche der Warenwelt: Wer groß ein- und verkauft, diktiert die Preise. Und: Je größer, desto mächtiger. Wer groß und mächtig ist, diktiert auch dem Bürgermeister, wo er gerne hinbauen möchte. Dieser steht stramm und weist ein neues Baugebiet aus. Dann fehlen die Geschäfte in der Innenstadt und die Stadtmarketingbeauftragten sollen’s dann richten. „Danke“, denken die nach kurzer Zeit, „ich mach doch hier nicht den Affen“ und gehen – aus „persönlichen Gründen“, denn zu Aufmuckern sind sie nicht erzogen, die BWL-Studenten. Im Unterschied zu den Grünen. Die gehörten, als sie noch jung und unartig waren, zu den Kritikern der kapitalistischen Weltzerstörung. Heute unterscheidet sie in dieser Frage immerhin noch die Frisur von ihren ehemaligen politischen Gegnern.*

*Noch etwas: In Sachsen, so hören wir, stellen die Sozialdemokraten von rund 300 Bürgermeistern gerade noch 10. Die stellen einen Stadtmarketingbeauftragten ein, der Betriebe anlockt, die auf ehemals fruchtbaren Äckern, jetzt „Gewerbeparadies“ genannt, bauen sollen. Die Betriebe wollen aber nicht, denn die SPD-Bürgermeister anderer Gegenden, clever wie sie sind, haben ihre ärmeren Kollegen längst ausgebootet. Ihr Posten ist ihnen wichtiger als ihre Parteifreunde, sozial sind sie seit 100 Jahren ohnehin nur dem Namen nach. So fördern sie die Wirtschaft und fördern und fördern und fördern...*

*Erich Schaffner*

„strukturierten Finanzierung“. Gleichzeitig wird eine „neue privatrechtliche Bürokratie“ geschaffen, die „intransparent und für Stadträte, Bürger und Medien undurchdringlich“ ist. Durch sie gerät Demokratie zur Farce, und vermeintliche Kostenvorteile durch Billigbau und Dumpinglöhne bei Subunternehmern werden vielfach wieder aufgeessen, wie Beispiele aus Großbritannien, dem PPP-Mutterland, belegen. Während dort die große Euphorie bereits verflogen ist, geht es in Deutschland erst richtig los. Etwa in Frankfurt am Main, wo beim 2005 fertiggestellten Bildungszentrum Ostend die Risiken allein von der Stadt zu schultern sind, weil keine „betriebswirtschaftliche Ge-

samt Betrachtung“ stattgefunden hat. Aufschlussreich ist auch ein Großprojekt mit 90 Schulen im Landkreis Offenbach. Mit strikter Geheimhaltung der Vereinbarungen und durch teure Beraterkosten wurde der vermeintliche Vorteil dieses PPP-Projekts gegenüber der Eigenrealisierung geradezu „herbe manipuliert“. Die Projektgesellschaften haben sich dort vertraglich das Recht gesichert, einen Teil der finanziellen Verpflichtungen des Landkreises an Banken weiterzuverkaufen und zwar unter Verzicht auf etwaige Mietminderungen im Falle auftretender Mängel. Via PPP sind die Offenbacher Schulen damit vollständig auf den globalen Finanzmärkten angekommen.

## Billiger kann teuer werden

Private können es billiger und besser als die Kommune oder der Staat. Das ist eine häufig geäußerte Meinung. Beispiele zeigen aber ein anderes Bild.

In Frankfurt wurden 1995 49% des Stadtreinigungsamtes an die Firma Remondis (früher Rethmann) verkauft und die FES gegründet. Gemeinsam mit der 1994 gegründeten Tourismus GmbH und der Rhein-Main-Ticket GmbH wurde damit die erste Welle der Privatisierungen eingeleitet. 1995 folgte eine zweite Welle mit dem Reinigungsdienst, der Hilfspolizei und den Stadtwerken, der heutigen VGF und Mainova. In einer dritten Welle wurden 2006 die Bühnen GmbH gegründet, die Küchenbetriebe komplett an die Firma Sodexo verkauft sowie die Hafen- und Marktbetriebe privatisiert. Jetzt steht das Klinikum Höchst an. Im öffentlichen Nahverkehr geht die Privatisierung weiter. Hier werden ganze Streckenbündel gegen den Protest der Beschäftigten europaweit ausgeschrieben. Durch Personalabbau und vermehrte Fremdvergaben gibt es eine schleichende Privatisierung der öf-

Die Stadt Frankfurt hat durch Privatisierungen seit 1992 die Zahl der Planstellen halbiert. Die Zahl der Beschäftigten sank sogar von rd. 27.000 auf 9.800. Das entlastet zwar den Haushalt. Andererseits gehen Einnahmen verloren. Beispiel FES: 1992 wurden 49% der Anteile für 70 Millionen Mark verkauft. Die FES hatte 2006 einen Gewinn von 14 Millionen Euro nach Steuern erwirtschaftet, davon strichen die Inhaber sieben Millionen ein, die die Stadt Frankfurt ebenfalls gut gebrauchen könnte.

fentlichen Aufgaben, z. B. im Grünflächen- und Hochbauamt. Und es gibt noch viel mehr Beispiele.

### Was bedeutet das für die Beschäftigten?

Ein Ziel der Privatisierungen ist, der Tarifbindung zu entkommen und Personalkosten zu drücken. Bei den Städtischen Bühnen, der FES, der Mainova und der VGF konnte die Tarifbindung erhalten werden. Die Beschäftigten der anderen Unternehmen genießen keinen Tarifschutz. Zwar wurde in einigen Bereichen Per-

sonalgestellungsverträge durchgesetzt, um die Besitzstände aus dem öffentlichen Dienst zu erhalten. Doch die gelten ausschließlich für die städt. Beschäftigten. Neueinstellungen gibt es nur in den GmbHs ohne Tarifbindung.

### Können Personalräte Privatisierungen verhindern?

Mit der Änderung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes 1999 durch die CDU/FDP-Landesregierung wurde die Mitbestimmung bei Privatisierungen abgeschafft. Jetzt gibt es nur noch ein Mitwirkungsrecht, und das beschränkt sich auf Stellungnahmen.

### Welche Aufgaben müssten rekommunalisiert werden?

Viele Klagen betreffen die Schulreinigung und die Essenversorgung in den Kitas und Ganztagschulen. Beides sollte wieder in öffentliche Verantwortung überführt werden. Das Grünflächenamt ist ein weiteres Beispiel. Seit der Schließung der städtischen Baumschule werden Bäume billig aus Osteuropa eingekauft. Ein Drittel der Pflanzen verträgt die Frankfurter Luft nicht. Die Stadt bezahlt die Pflanzungen doppelt.

## KOMMUNALES

### Randsteinabsenkung vergessen?

Im letzten Jahr beschloss das Stadtparlament, die Randsteine im Stadtgebiet abzusenken. Damit soll Rollstuhlfahrern und behinderten Menschen mit sog. Rollatoren ein barrierefreies Passieren der Straßenübergänge gewährleistet werden. Das kann nicht alles auf einmal gemacht werden. Klar! Unsere Fraktion regte an, die Umgebung des Altenpflegeheimes in die Prioritätenliste aufzunehmen. Bis heute wurde aber dort nichts umgesetzt. Gerade wurde ein Teilstück der Bürgermeister-Klingler-

Str. von Mozartstr. bis Bamberger Str. neu asphaltiert. Bei diesen Baumaßnahmen wäre die Randsteinabsenkung problemlos und kostengünstig zu realisieren gewesen. Der Amtschimmel ist eben doch nur ein lahmer Gaul!

R. D.

### Radweg zum Badensee

Die SPD/Grüne-Koalition will per Bericht vom Magistrat wissen, wie der Stand der Radwegeverbindung von der Aschaffener Str. zum Badensee Walldorf ist. Dazu hat die DKP/LL

schon mehrmals Anträge zum Haushalt gestellt.

Entweder die Anträge wurden abgelehnt oder als Prüfungsanträge (1.-Klasse-Beerdigung!) verabschiedet. Das Argument, die Brücke über die Bahn sei zu schmal, die Kosten für die Verbreiterung zu hoch waren für uns wenig glaubhaft. Mit gutem Willen könnten mindestens 95% der Strecke gebaut sein. Das Projekt reiht sich ein in die ganze Palette der Inaktivitäten seitens der Verantwortlichen im Rathaus. Radwege standen dort noch nie auf der Prioritätenliste. In Mörfelden-Walldorf wurde für Fahrradfahrer am wenigsten getan von allen Umlandkommunen.

Es ist höchste Zeit, dass die SPD jetzt „in die Puschen kommt“. Vielleicht hat ihr grüner Koalitionspartner sie auf dieses Thema gehoben.

R. D.



# Gemeinsam gegen den Flughafenausbau



## Rote Grüße aus der Nachbarstadt

Die Stadtverordnetenfraktion der DKP/Linke Liste in Mörfelden-Walldorf hat eine Solidaritätsadresse an die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer im Kelsterbacher Wald geschickt. Hier heißt es u.a.:

*„Liebe UmweltaktivistInnen, die Stadtverordnetenfraktion der DKP/Linke Liste erklärt sich mit eurer Aktion solidarisch und begrüßt die Waldbesetzung im Kelsterbacher Wald als wichtiges Signal im Kampf gegen die geplante Flughafenerweiterung. Wichtig vor allem deshalb, weil damit der Widerstand gegen die neue Landebahn sichtbar und hoffentlich gestärkt wird. Dazu wollen wir mit Wort und Tat beitragen. Eine Erfahrung erfolgreicher Bewegungen ist: Außerparlamentarische Aktionen und ziviler Ungehorsam sind unverzichtbar, wo es darum geht, auf berechnete politische Forderungen aufmerksam zu*

*machen, die von den Regierenden links liegen gelassen werden. Dazu gehört auch, sich gelegentlich über Gebote und Verbote hinwegzusetzen und nicht auf den Rechtsweg zu verlassen, auf den die Herrschenden verweisen. Wer kämpft, kann verlieren - wer nicht kämpft, hat schon verloren!*

*Euch wünschen wir weiterhin Kraft und Mut, dem Wetter, der Bürokratie und den profitorientierten Umweltzerstörern der Fraport AG und ihrer politischen Freunde zu trotzen.*

*Uns gemeinsam wünschen wir Erfolg im Kampf gegen den Flughafenausbau! Rote Grüße aus der Nachbarstadt.“*



## SPD akzeptiert Nachtflüge - Koch schließt die Betroffenen vom Dialog aus

Zu den Meldungen, die SPD lenke beim Flughafenausbau ein und der Ankündigung, wie Roland Koch das Regionales Dialogforum fortsetzen will, erklärt das Bündnis der Bürgerinitiativen:

*Die SPD-Landtagsfraktion lässt die Maske fallen. Sie ist einverstanden, dass der Flughafen ausgebaut wird ohnedass das hoch und heilig dafür versprochene Nacht-*

*flugverbot kommt. Sie hält die von der CDU-Regierung vor der Wahl noch schnell erteilte Baugenehmigung für in Ordnung. Vor der Wahl hatte die SPD versprochen, wenigstens für nächtliche Ruhe einzutreten. Klarer Betrug an den Wählerinnen und Wählern.*

*Dergeschäftsführende Ministerpräsident Koch will das Regionale Dialogforum, das von seinem Freund Wörner, einem*

*gnadenlosen Förderer der Luftfahrt geführt wurde, in eine neue Institution überführen, das „Umwelthaus“.*

*Dort will Koch den „notwendigen Dialog“ weiterführen. Allerdings in einer ganz speziellen Form: Die Betroffenen, die wegen ihrer heute schon extremen Gesundheitsgefährdung naturgemäß Ausbaugesegner sind, dürfen nicht mitreden. Ein absurder „Dialog“!*

# Stadtgeschichten



Eine kleine Pause war angesagt bei den Männern des Steinmetzbetriebes Raiss aus Walldorf. Sie hatten sicher schon mehrere Stunden schwere körperliche Arbeit hinter sich. Wie zu sehen, waren ihre Werkzeuge an diesem Tag überwiegend der Stockhammer für die Nachbearbeitung von Flächen, die grobkörnig sein sollten, der Knüpfel als Schlagwerkzeug und das Scharriereisen zum Herstellen einer Oberfläche mit Rillen. Die Flasche Bier war nur während der Pause erlaubt.



Der Steinmetzberuf ist einer der ältesten und schwersten Berufe überhaupt, hat sich aber auch immer den Veränderungen der einzelnen Epochen und der Baustile anpassen müssen. In der heutigen Globalisierung kommen überwiegend industriell gefertigte Grabmale aus Indien und China. Aber Fensterbänke, Treppen, Grabplatten, Einfassungen und vereinzelt auch Gewändesteine werden immer noch gerne beim ortsansässigen Steinmetz bestellt. Aufgenommen wurde das Foto im Sommer des Jahres 1928 vor der 120 Meter langen Haupttribüne des im Mai 1925 eingeweihten Frankfurter Waldstadions. Dort fand bereits zwei Monate nach der Einweihung die erste internationale Arbeiterolympiade mit insgesamt 100 000 angereisten Sportlern und 450 000 Besuchern statt.

Auf dem Foto sehen wir von links, untere Reihe: Oswald Rehmann, Hugo Ambruster, Heinrich Schmitt (Schmittche). Mittlere Reihe: ...Krumb (aus Dornheim), Ludwig Cezanne (Buie Lui). Oben sitzt der Meister, Jean Raiss, Vater von Steinmetzmeister Walter Raiss, der das Foto dankenswerterweise zur Verfügung stellte. In Walldorf gab es bereits vor achtzig Jahren drei Steinmetzmeister mit dem Namen Raiss, nämlich die drei Brüder Adam, Peter und Jean.

## Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



# KuBa

17. Juli

### Rettet das Vinyl

Schallplattenabend, Beginn: 20 Uhr

21. Juli

### HörBar: "Der Alchimist"

Paulo Coelho, Hörbuchabend

Beginn: 20 Uhr

26. Juli

### POPSHOP

mit DJane Miss Shapes & Companion

Indie-Party

Beginn: 21 Uhr

Eintritt: 2 Euro

## Unser Lexikon

### Schbrisch

Er macht  
enaus wie de  
Lord Blummekohl.